

2018-10-11

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 18.09.2018

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:55 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Ausschussvorsitzende** begrüßt die Mitglieder und Gäste des Ausschusses. Er stellt im Weiteren die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit mit 6 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

Zu Sitzungsbeginn fehlen Herr Stadtrat Semper, Frau Stadträtin Storz (entschuldigt) und Herr Stadtrat Rumpf.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung werden auf Anfrage des **Ausschussvorsitzenden** keine Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge vorgebracht.

Der Tagesordnung wird ungeändert zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6/0/0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.08.2018

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Finanzausschusses am 21.08.2018 werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht.

Der Niederschrift wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

4/0/2

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums am 21.08.2018

16:32 Uhr - Herr Stadtrat Rumpf erscheint. Die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses erhöht sich auf 7.

Der **Ausschussvorsitzende** gibt die in nichtöffentlicher Sitzung am 21.08.2018 gefassten Beschlüsse bekannt:

- 8.1. Unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderung 2001 bis 2003 einschließlich steuerlicher Nebenleistungen für einen Gewerbetreibenden in Höhe von insgesamt 111.751,34 EUR
(Personen-Nr.: 02001889)
Vorlage: BV/173/2018/II-20

Abstimmungsergebnis:
8/0/0

5 Einwohnerfragestunde

Vor Eröffnung der Einwohnerfragestunde erfolgt durch den Ausschussvorsitzenden der Hinweis auf die Anwesenheit eines Vertreters der Deutschen Volksstimme, der die Sitzung des Finanzausschusses in Wort und Bild aufzeichnet. Eine entsprechende Legitimierung liegt vor.

Im Weiteren liegen für die Einwohnerfragestunde Anfragen eines anwesenden Bürgers zu den Themen „Anhaltisches Theater Dessau“ und „Eintrittspreise Schwimmbad“ vor. Der **Ausschussvorsitzende** erteilt dem Bürger das Wort.

Der Bürger nimmt Bezug auf die Einwohnerfragestunde der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 22.08.2018. Hier brachte er eine Anfrage zu den Eintrittspreisen des neuen Sportbades vor. Herr Dr. Reck erklärte, dass diese vorläufigen Preise mit dem Beschluss des Stadtrates am 05.09.2018 rechtlich untermalt werden. Dieser Beschluss wurde nicht gefasst, da in den Ausschüssen nicht richtig behandelt wurde. Er wird auch in der nächsten Sitzung des Stadtrates nicht beschlossen werden können, da er heute nicht auf der Tagesordnung stehe. Im Ausschuss sagte er damals schon, dass ein Beschluss erst umgesetzt werden könne, wenn dieser gefasst wurde. Nur im Sozialismus kannte man vorher schon die Abstimmungsergebnisse. Im Kommunalverfassungsgesetz § 45 sei zu lesen unter Aufgaben der Vertretung „...Sie überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse und sorgt dafür, dass in der Verwaltung auftretende Missstände durch den Hauptverwaltungsbeamten beseitigt werden.“ Weil hier scheinbar der Hauptverwaltungsbeamte nicht da sei, weil er krank ist, scheint hier keiner handeln zu wollen. Es gibt einen klaren Beschluss zu den Eintrittspreisen. Dieser müsse auch umgesetzt werden. Nur weil man dem Bad einen anderen Namen gebe, sei dies immer noch die Schwimmhalle. Wenn die Verwaltung meine, dass dies kommunalrechtlich legitim und nicht zu beanstanden sei, sei dies nicht mit der Demokratie vereinbar. Der Rat habe einen Beschluss gefasst und der Rat sei legitimiert durch das Wahlergebnis der Bürger. Dies kann doch nicht einfach und gar nichts wert sein.

An dieser Stelle wird der Bürger durch den **Ausschussvorsitzenden** aufgefordert, seine Frage zu formulieren.

Der Bürger erbittet in der Angelegenheit eine rechtsverbindliche Auskunft.

Der **Ausschussvorsitzende** nimmt Bezug auf den hier vorgetragenen Sachverhalt und führt aus, dass zum einen im Finanzausschuss dem Antrag auf Erhöhung der Eintrittspreise zugestimmt wurde. Im Weiteren habe man kritisiert, dass die Erhöhung bereits mit Eröffnung des Bades vollzogen wurde, ohne dass ein entsprechender Beschluss gefasst wurde. Dieser Sitzung wohnte der Bürger bei und insofern habe er hierüber Kenntnis, so der **Ausschussvorsitzende**. Dass der Stadtrat diesen Beschluss nicht gefasst habe, das sei bekannt und es wurde eine Reihe von Auflagen erteilt, die abgearbeitet werden. Zu den im Finanzausschuss in der Sache gestellten Fragen habe er heute eine Stellungnahme des zuständigen Sportreferates erhalten und zur Kenntnis genommen und man werde daraus entsprechende Schlussfolgerungen ziehen.

Der Bürger wendet ein, dass es nur zwei Möglichkeiten gebe. Entweder sei ein Beschluss nötig, dann könne man ohne entsprechenden Beschluss diese Eintrittspreise nicht erheben. Oder aber es werde keiner benötigt, dann bedarf es keines weiteren Beschlusses vom Rat.

Der **Ausschussvorsitzende** erwidert, dass der Finanzausschuss in der letzten Sitzung einen Beschluss gefasst habe, der dann im Stadtrat so nicht akzeptiert wurde. Jetzt sei das weitere Prozedere in Gang, um einen Beschluss herbeizuführen.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Kultur und Wirtschaft, ergänzt, dass die Erhebung der vorläufigen Eintrittspreise vom Rechtsamt geprüft wurde. Es wurde festgestellt, dass es kommunalrechtlich zulässig sei, die Eintrittspreise vorläufig zu erheben. Es gebe neben der Festsetzungsberechtigung des Stadtrates auch ein Gebot in der Kommunalverfassung, wonach die Stadt auch Entgelte und Einnahmen mit den Bädern zu erzielen habe. Dies sei nur eine geringe Quote, die die tatsächlichen Kosten decken, so dass eine Benachteiligung der Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle durch die vorläufige Erhebung auch nicht vorliege. Im Gegenteil, so **Herr Dr. Reck**, damit erfülle die Stadt auch das Gebot, als haushaltskonsolidierende Gemeinde einen gewissen Beitrag ihrer Aufwendungen auch wieder „hereinzuholen“. Es sei also kommunalrechtlich zulässig, mit vorläufigen Eintrittspreisen zu arbeiten. Selbstverständlich werde zur Sitzung des Stadtrates im Dezember dann auch eine Beschlussvorlage vorgelegt, die vorher nochmals durch die Ausschüsse gehe. Die Beschlussfassung, auf die man sich hier möglicherweise beziehe (Beschluss aus dem Jahr 2006), beziehe sich allerdings auf das Gesundheitsbad. Die anderen Eintrittspreise wurden letztmalig 2002 verändert. Damit sei eine Novellierung auch begründet.

Der Bürger stellt eine weitere Anfrage zu diesem Sachverhalt. Er wolle wissen, wie viel Mehreinnahmen die Stadt bis zum jetzigen Zeitpunkt durch diese Erhöhung der Eintrittsgelder erzielt habe.

Der **Ausschussvorsitzende** versichert dem Bürger eine entsprechende Antwort.

Der Bürger stellt eine weitere Anfrage das Anhaltische Theater Dessau betreffend. Er nimmt Bezug auf die Diskussion zu den Kosten für die Spielplätze, hier auf den Hinweis von Frau Nußbeck auf die Verhandlungen zum Theatervertrag mit dem Land. Er erfragt, was hier ganz konkret finanziell auf die Stadt zukomme.

Der **Ausschussvorsitzende** verweist an dieser Stelle ausdrücklich auf die Haushaltsberatungen 2019, die nach dem 17. Oktober beginnen werden. Mit Vorlage des Entwurfes des Haushaltsplanes 2019 sei ablesbar, welche Einnahmen die Stadt vom Land erhalten werde. D. h. bis zum Beginn der Haushaltsberatungen sei noch keine verbindliche Antwort möglich.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, ergänzt, dass der Stadt das Vertragsangebot noch nicht schriftlich vorliege.

Weitere Anfragen werden nicht vorgebracht.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Information zum Stand der Abarbeitung der Prüfaufträge aus den Beratungen zum Haushalt 2018 Vorlage: IV/041/2018/II

zu 1. Prüfauftrag für Amt 51 – Frühstücksversorgung in den Kitas

Auf Anfrage von **Frau Stadträtin Ehlert** führt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** aus, dass es eine Änderung im KiföG geben werde. Diese beabsichtigte Änderung zielen darauf ab, dass die Kosten für die Serviceleistungen zur Essensversorgung durch den Träger zu übernehmen seien. Dies führe dazu, dass man diese Thematik ganz neu betrachten müsse. Insofern müsse man noch das Ergebnis der Umfrage auswerten, so **Frau Nußbeck**, welches den Stadträten zur Kenntnis gegeben werde. Bezüglich der Umfrage war es leider so, dass die Beteiligung bis zur ersten Fristsetzung sehr niedrig war, so dass diese Frist nochmals verlängert wurde.

Zur Anfrage von **Herrn Stadtrat Schlecht-Pesé**, ob bezüglich der Kosten alle Grundlagen für eine diesbezügliche Kalkulation vorhanden seien, stellt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** nochmals klar, dass der Gesetzgeber beabsichtige, dem Träger aufzuerlegen, dass er die Kosten für die Serviceleistungen zu übernehmen habe und man damit nur noch über Materialeinsatz reden könne.

zu 2. Prüfauftrag für Amt 65/Amt 80 – Turnhalle Mosigkau

Auf die Nachfrage von **Frau Stadträtin Ehlert** führt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** aus, dass es einen Interessenten für die Schule in Mosigkau gebe. Insofern könnte auch die Turnhallennutzung mit Gegenstand der Verhandlungen sein. Diesbezüglich werde man abwarten müssen.

Bezüglich der weiteren Nachfrage durch **Herrn Stadtrat Schlecht-Pesé** notwendige Sanierungen betreffend erklärt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass die Übernahme dieser mit dem Nutzer (Städtisches Klinikum Dessau) besprochen sei.

zu 6. Prüfauftrag für Amt 61 – Sanierung Spielplatz Stadtpark

Auf die Nachfrage von **Frau Stadträtin Ehlert** erläutert **Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, dass es für das Haushaltsjahr 2019 einen reduzierten Gesamtansatz gebe. Der Vorschlag war, dass dieser Prozess in verschiedenen Stufen ausgeführt werden solle. So solle die Ausführungsplanung Ende 2018 abgeschlossen sein und man könnte dann in die Umsetzung gehen. Genauer werde man im Rahmen der Haushaltsdiskussion sagen können.

zu 10.

Prüfauftrag/Arbeitsauftrag für Amt 51 – Neubau einer Kindertagesstätte im Innenstadtbereich

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt auf Anfrage von **Frau Stadträtin Ehlert** aus, dass es diesbezüglich den klaren Auftrag an den zuständigen Beigeordneten gebe, zunächst alle Optionen zu prüfen, aus denen noch mögliche Platzreserven zu generieren seien. Voraussichtlich werde dies aber nicht ausreichen und damit wohl die Entscheidung darauf hinauslaufen, dass eine zusätzliche Kindereinrichtung benötigt werde. Zu möglichen Standorten habe man sich in der Verwaltungsspitze beraten und werde daraus einen Vorschlag entwickeln, der der Politik vorgestellt werde. Wichtig sei, so **Frau Nußbeck**, dass eine solche Einrichtung zeitnah „ans Netz gehe“, da der Bedarf ab 2023 wieder sinkend sei.

zu 11. – Prüfauftrag für Referat 52

Herr Stadtrat Hernig erfragt, wie die Stadt mit dem Ergebnis der Kostenermittlung für 2 Planstellen zur Unterstützung im Sportreferat umgehe.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, führt dazu aus, dass für den Fall, dass der politische Wille dahingehend bestehe, wieder verstärkt sportliche Events durch die Stadt selbst zu organisieren, einschl. Sponsoringeinwerbung, es der Weg wäre, dass diese Forderung im Rahmen der Haushaltsberatungen stufenplanmäßig zu unterlegen sei. Bei entsprechenden Mehrheiten würde dies Eingang in den Stellenplan finden. Dies habe dann natürlich auch Einfluss auf das Thema Zuschussgewährung.

Auf die Anfrage des **Ausschussvorsitzenden** erklärt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass die SMG die Übernahme dieses Aufgabenfeldes abgelehnt habe, da es sich nach deren Meinung nicht um Marketing im Sinne der SMG handele. Der **Ausschussvorsitzende** zeigt sich an dieser Stelle darüber irritiert, da es seiner Meinung nach immer hieß, dass diese Events für das Stadtmarketing so wichtig seien. Dies, so der Ausschussvorsitzende, sei bisher die Begründung aller Anträge gewesen, d. h. dass die Stadt ein öffentliches Interesse daran habe, weil damit Werbung für die Stadt gemacht werde. **Herr Dr. Reck** erklärt, dass dies im Kontext der Abwägung zu entscheiden wäre.

17:00 Uhr – Herr Stadtrat Rumpf verlässt die Sitzung.

17:05 Uhr – Herr Stadtrat Rumpf erscheint wieder zur Sitzung.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Finanzausschuss** nimmt die Information zur Kenntnis.

6.2 Personalreport der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2017

Vorlage: IV/027/2018/II-10

Frau Stadträtin Ehlert merkt an, dass es nach ihrem Empfinden im Jahr 2018 verstärkt zu Neueinstellungen in der Verwaltung gekommen sei. Sie erfragt, ob es sich hierbei um externe oder interne Neueinstellungen oder Umsetzungen handele.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt aus, dass mit dem Stellenplan 2018 bekanntlich ein Stellenaufwuchs beschlossen wurde. Die Besetzung dieser Stellen sei im weitesten Sinne ausschließlich extern umzusetzen. Im Weiteren habe man in den letzten Jahren erhebliche Altersabgänge und auch diese seien nachzubeseetzen. Hinzu komme, dass es in der Verwaltung einen überdurchschnittlich hohen Krankenstand gebe. So sei man gehalten, für Langzeiterkrankte entsprechende Vertretungen einzustellen, was ebenfalls fast ausschließlich über externe Einstellungen erfolge.

Frau Nußbeck ergänzt, dass allen Stellenausschreibungen immer erst ein internes Verfahren vorangesetzt sei, es sei denn, dass die benötigten Fachkräfte objektiv in der Verwaltung von vorn herein nicht zu finden seien.

Der **Ausschussvorsitzende** führt aus, dass er nach wie vor Probleme in der Strukturierung der Verwaltung und darin sehe, dass bereits zu wenig Personal vorhanden sei, um flexibler auf personelle Engpässe reagieren zu können. Diesbezüglich habe er der Verwaltung in den letzten Jahren mehrfach entsprechende Vorschläge unterbreitet, die bisher aber nicht die Zustimmung der Verwaltung gefunden haben.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Finanzausschuss** nimmt die Information zur Kenntnis.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Es werden keine Anfragen und/oder Mitteilungen vorgebracht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Satzung über die Einrichtung der Feuerwehr und die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten für die Leistungen der Feuerwehr der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: BV/238/2018/II-37

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

**7.2 Neubau Regenentwässerung Ankuhn/Lichtenauer Straße
- Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung
(VE)
Vorlage: BV/297/2018/III-66**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Zur Gewährleistung der Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen Neubau Regenentwässerung Ankuhn/Lichtenauer Straße ab September 2018 wird eine außerplanmäßige VE in Höhe von 135.000 € genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

**7.3 Aufhebung des Sperrvermerkes in Höhe von 34.200 € im Jahr 2018
und 48.500 € im Jahr 2019 zur Fortführung der Vereinbarung zur Be-
treibung einer Jugendbauhütte am Mausoleums-Ensemble
Vorlage: BV/303/2018/IV-41**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

**7.4 Verwendung der Fördermittel gemäß Richtlinie über die Gewährung
von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanz-
schwacher Kommunen (Richtlinie Schulinfrastruktur) RdErl. des MB
vom 4.6.2018.
Vorlage: BV/294/2018/V-40**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

**7.5 Umbau mit Erweiterung oder Ersatzneubau der Schule für Körperbe-
hinderte "Schule an der Muldaue" - Ausschreibung von Planungslei-
stungen
Vorlage: BV/319/2018/V-40**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

Der **Ausschussvorsitzende** stellt Nichtöffentlichkeit her.

9 Schließung der Sitzung

Der **Ausschussvorsitzende** schließt die Sitzung des Finanzausschusses um 17:55 Uhr.

Dessau-Roßlau, 12.10.18

Hendrik Weber
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

Jana Düring
Schriftführerin